Nr. 81. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16.50 Mk., monatl. 5.50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5.50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8.75 Mk., für das übrige Ausland 18.— Mk. bei täglich einmal. Zustellung 11.— Mk. + Valuta-Zuschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 15 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 13. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Neuer Kurs in England?

Thronreden und Erklärungen von Staatsmännern pflegen sich nicht immer durch Offenheit und Klarheit auszuzeichnen. Oft sind sie bemerkenswerter durch das, was sie verschweigen, als durch das, was sie sagen. Bei der Eröffnung des englischen Parlaments war es diesmal anders. Selbst bei vorsichtigster Beurteilung konnte man in der Thronrede und in den Reden Lloyd Georges und des Außenministers Curzon eine einheitliche große Linie erkennen. Abkehr von der kurzsichtigen Revanchepolitik Frankreichs und Abkehr von dem Programm eines Wirtschaftskrieges über den Krieg hinaus — sind die Leitsätze, die von nun an für die englische Politik gelten sollen. Während die Thronrde es ganz allgemein als wesentlich erklärt, „daß der Friede und normale Zustände im Wirtschaftsleben Osteuropas und Rußlands wiederhergestellt werden", und Lloyd George vor allem betont, „daß Europa nicht wiederhergestellt werden kann, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung stehen, wendet sich Lord Curzon vor allem Deutschland zu. In seiner Unterhausrede, die wir in großen Zügen bereits wiedergaben, sagt er wörtlich:

„Die Leute, die den Friedensvertrag abgeschlossen haben, haben ihr Bestes getan. Es muß sich aber erst erweisen, ob ihre Arbeit gut oder schlecht war. Ich sehe den Friedensvertrag nicht als etwas Unantastbares an; vieles daran wird mit der Zeit revidiert werden müssen. Nach der Ratifizierung haben wir die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen. Wenn Deutschland aufrichtig bereit ist, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so werden wir unser Bestes tun, ihm dabei zu helfen und ihm einen Platz im Kreise der zivilisierten Völker wieder zu verschaffen."

Wir sind von jedem Optimismus weit entfernt, der des Glaubens ist, daß England nach diesem Ausspruch gleich Deutschlands bester Freund werden wird. England wird auch weiter englische, d. h. imperialistisch-egozentrische Politik betreiben. Aber es hat eingesehen, daß es dabei ohne den osteuropäischen Absatzmarkt nicht auskommen kann und daß es bei einem osteuropäischen Bankrott selbst dem Bankrott entgegengeht. Die internationale Verflechtung des Wirtschaftslebens ist eben heute so weit fortgeschritten, daß Uebernationalismus der beste Nationalismus ist. Und so verabfolgt Britannien seinen französischen Alliierten nach den letzten chauvinistischen Ueberspanntheiten eine deutliche Warnung. Eine andere Bedeutung legen wir vorläufig den Reden im Unterhaus nicht bei. Daß die französische Presse über diesen „Dolchstoß in den Rücken des Verbündeten" aufs äußerste empört ist, nimmt bei der augenblicklichen geistigen Verfassung der französischen Nationalisten nicht weiter wunder. Man kann demnach auf das Ergebnis der Londoner Konferenz gespannt sein. Erst hier wird sich zeigen, ob es England mit seiner „Neuorientierung" ernst meint.

TU. Genf, 13. Februar. Die französische Presse steht vollständig unter dem Eindruck der Rede, die der englische Minister des Aeußern, Lord Curzon, gehalten hat. Die Agence Havas hat die Erklärung, die Lord Curzon an die Spitze seiner Rede gestellt hatte, dem französischen Publikum durchmitgeteilt, aber die Berichterstatter der großen Pariser Zeitungen haben sie übermittelt, und in der diplomatischen Welt, besonders in den Wandelgängen des Parlaments, haben sie wie ein Blitz aus heiterm Himmel gewirkt.

Die Abgeordneten Barthou und Tardieu, die von Vertretern der Presse befragt wurden, gaben ihre Ueberraschung zu, vertagten jedoch ihr Urteil bis zur Rückkehr Millerands von der gestern begonnenen Londoner Konferenz. Aber der neugewählte reaktionäre Abg. Graf Castellane erklärte offen, daß ihn die Rede Lord Curzons aufs tiefste überrascht habe. Man müsse jedenfalls damit rechnen, daß die englische Politik ihre Richtung ändern wolle aus Rücksicht auf Parteiströmungen im eigenen Lande. Frankreich müsse demgegenüber seinen unbedingten Willen behaupten, auf der Ausführung des Versailler Vertrages zu bestehen.

Auf die Presse hat die Rede Lord Curzons, wie der „Populaire" feststellt, wie ein Theatercoup gewirkt. Die Regierungspresse, so sagt dieses sozialistische Blatt, ist bestürzt. Der Dienstag war von entscheidender Bedeutung. Wie Italien, so hat auch England eine neue Stellung eingenommen. Es wurde besonders bemerkt, daß Lloyd George ausdrücklich die geheimen Abmachungen verurteilt, die bisher die Unterlagen bildeten für die imperialistische Politik. **Das verhängnisvolle Werk Clemenceaus ist zerstört.** Was aber werden die kapitalistischen Regierungen unternehmen, um den Friedensvertrag zu verbessern?

Der „Temps" bekämpft die Politik Lloyd Georges gegenüber den russischen Sowjets. Es sei klar, daß jede wirtschaftliche Hebung Rußlands unter den jetzigen Verhältnissen zu einer Stärkung der Sowjetregierung und schließlich zu ihrer vollständigen Anerkennung führen müsse. Die Erklärung Lord Curzons über die Notwendigkeit der Revision des Friedensvertrages sei noch überraschender, und man müsse den Wortlaut der Rede abwarten, um zu verstehen, in welchem Sinne der Redner die Forderung aufgestellt habe, daß in jedem Falle die Allianz zwischen England und Frankreich aufrechterhalten werden solle.

Das „Journal" gibt zu, daß die Reden Lloyd Georges und Lord Curzons einen schweren Gegensatz der Auffassungen und Meinungen innerhalb der Entente enthüllen. Diejenigen Großmächte, die alle ihre Kriegsziele verwirklicht hätten, seien dabei, ihre Geschäfte wieder in Gang zu bringen, ohne sich an diejenigen Völker zu kehren, deren Ansprüche auf Entschädigungen und Wiedergutmachungen sich in einer allzu fernen Zukunft verlören.

Das „Journal des Debats" anerkennt, daß die Politik Englands nach einer Neuorientierung strebe. Frankreich müsse damit um so mehr rechnen, als auch Italien ohne Zweifel mit der Londoner Politik übereinstimme. Es sei die Aufgabe Millerands, während seines Londoner Aufenthalts vollständige Klarheit in dieser Richtung zu schaffen. Jedenfalls müsse Lord Curzon zur Erkenntnis gebracht werden, daß ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich in Kleinasien nur möglich sei mit der unbedingten Aufrechterhaltung der englisch-französischen Allianz in Europa selbst.

Der Pariser Korrespondent des „Lyoner Progres" macht darauf aufmerksam, daß Lord Curzon als Vizekönig von Indien eine durchaus imperialistische Politik vertreten habe. Er halte die Lage Englands in Asien heute offenbar für sehr drückend und möchte deshalb, **daß England wieder freie Hand in Europa bekomme.**

Es ist ein sehr geschickter Schachzug der offenbar nach dieser Richtung hin offiziös inspirierten französischen Presse, Englands Interessen in Kleinasien gegen seine neue Haltung Europa gegenüber auszuspielen. Ob das etwas nützen wird, muß die nahe Zukunft zeigen. Deutschland jedenfalls kann es nur begrüßen, wenn England und Italien wieder zu wirklicher Friedensgesinnung zurückkehren.

Einberufung der Nationalversammlung!

Wie die „Deutsche Allg. Ztg." erfährt, beabsichtigt Präsident Fehrenbach, die Nationalversammlung zum 24. Februar einzuberufen. Sollte bis dahin das Material zu der Auslieferungsfrage nicht so vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Erledigung der laufenden Vorlagen fortfahren.

Tarifverhandlungen in Pommern.

Laut Meldung aus Stettin haben gestern die Tarifverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Landwirtschaft der Provinz Pommern begonnen. Man ist über Vorverhandlungen nicht hinausgekommen und vertagte die Verhandlungen auf den 28. d. M. mittags. Eine Kommission wurde eingesetzt, die in der Zwischenzeit einige Fragen erledigen soll.

Gegen den Achtstundentag.

Die Münchener städtische Arbeiterschaft hat sich gegen die Einführung des Achtstundentages und der Akkordarbeit ausgesprochen. Dagegen hat die Münchener Gemeinde den Antrag auf Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 37½ auf 42 Stunden angenommen.

Beginn der dänischen Verwaltung.

(Drahtbericht unseres Kieler Berichterstatters.)

Donnerstag abend kamen eine Reihe hoher dänischer Beamten aus Kopenhagen in Kolding ein. Freitag früh überschritten sie die Grenze, wo sie von den Vertrauensleuten der Bevölkerung festlich begrüßt wurden.

Auswanderung der Deutschen aus Thorn.

Warschau, 13. Februar. (TU) Die hiesigen Blätter melden aus Thorn, daß bis jetzt über 5000 Deutsche die Stadt verlassen haben. Besonders Beamte und Arbeiter wandern nach dem deutschen Westen aus.

Völkerbund und Saarbecken.

Amsterdam, 13. Februar. „Telegraaf" meldet aus London, der Völkerbundsrat befaßte sich heute mit der Regelung der Frage des Saarbeckens und verwarf das Ersuchen von vier deutschen Gemeinden, in dieses Gebiet aufgenommen zu werden.

Der weiße Terror in Ungarn.

Budapest, 12. Februar. (Ungarisches Telegr.-Korr.-Büro.) Auf Grund der durchgeführten Disziplinaruntersuchung verurteilte der Unterrichtsminister 18 Professoren und 13 Professorinnen wegen ihres Verhaltens während der Proletarierdiktatur zum Verluste ihrer Stellungen.

Verbrechen der Kriegsführung.

Für den schlechten Ruf seiner Kriegsführung, für den Verdacht, besonders grausame und barbarische Methoden anzuwenden, darf sich das deutsche Volk in erster Linie bei seinem ehemaligen Kaiser bedanken. Wilhelm II. war es, der beim Auszug der Chinakrieger zum Entsetzen der ganzen Kulturwelt jene berüchtigte Ansprache an die Soldaten hielt, in der er auf das Beispiel des Königs Etzel und seiner Hunnen verwies, die sich vor Zeiten durch ihre Wildheit „einen Namen gemacht" hätten, und in der er die Soldaten aufforderte, dieses Beispiel nachzuahmen, damit tausend Jahre lang kein Chinese es wagen sollte, „einen Deutschen scheel anzusehen". Die englische Presse hat auf Grund jener Rede während des ganzen Krieges die Deutschen überhaupt nicht anders als „die Hunnen" genannt.

Wir wissen, daß das deutsche Volk als Ganzes von solchen Gefühlen der Grausamkeit vollkommen frei ist. Es ist nicht wahr, daß die deutschen Soldaten, im Durchschnitt betrachtet, den Krieg grausamer oder unmenschlicher geführt hätten, als irgend ein anderes Volk. In Quartierorten im besetzten französischen oder belgischen Gebiet konnte man sehr oft beobachten, daß das Verhältnis zwischen den Mannschaften und der einheimischen Bevölkerung ein außerordentlich gutes war; der Bauer erkannte in dem Bauern, der Fabrikarbeiter in dem Fabrikarbeiter und seiner Familie sofort den Menschen, der von genau den gleichen Sorgen und Nöten geplagt war, wie er selber daheim. Trotz der beiderseitigen Unkenntnis der Sprache war sofort ein inneres Verständnis für die Bedrücktheit und Qual des einen wie des anderen Teils vorhanden. Oft gewann man einander lieb und trennte sich nur schweren Herzens voneinander. Oft kam es vor, daß Frontruppen, die nach monatelangen Kämpfen in ihren alten Quartierort einrückten, dort mit wirklicher Herzlichkeit begrüßt und von ihren ehemaligen Quartierleuten festlich bewirtet wurden.

Bei den sogenannten „Gebildeten" war es freilich vielfach anders. Namentlich in einem Teil des Offizierkorps haben wohl ähnliche Anschauungen wie bei Wilhelm gespukt. Deswegen richtete sich der Haß der Einheimischen auch überall ausschließlich gegen die Offiziere. Nicht etwa, daß sie alle grausam und hochfahrend gewesen, mit der Miene des übermütigen Siegers herumstolziert wären. Aber einem nicht geringen Teil von ihnen war doch die ungeheure Machtfülle, die sie ausübten, ihre unbedingte Befehlsgewalt, gewaltig zu Kopf gestiegen. Durchdrungen von ihrer Gottähnlichkeit sahen sie weder in dem gemeinen Soldaten, noch in dem Bewohner des besetzten Gebietes denkende und fühlende Menschen, wie das selbst ein durchaus konservativer Schriftsteller, der Süddeutsche Adam Röder, in einem kürzlich erschienenen Buche „Der deutsche Konservatismus und die Revolution" mit tiefem Bedauern festgestellt und zugestanden hat. Röder, der ein christlicher Konservativer, freilich kein Alldeutscher ist, schildert einen charakteristischen Fall, wie ein General ihn groß und verständnislos angesehen hat, als er ihm gegenüber von dem Seelenleben des Soldaten sprach: „daß ein deutscher gewöhnlicher Soldat ein Seelenleben haben sollte, dünkte ihm unmöglich" (a. a. O. S. 23).

Gegenüber den Anschuldigungen der französischen Auslieferungsliste erscheint nichts verfehlter, als Taten, wie sie dort behauptet werden, generell abzuleugnen. Daß Exzessen und namentlich zu Grausamkeiten aufreizende Befehle hoher Offiziere von deutscher Seite vorgekommen sind, kann und soll nicht bestritten werden. Liegen hierüber doch sogar eigene Geständnisse der Beschuldigten vor. Wir wollen nur eins erwähnen. Ein General, der zugleich ein bekannter Führer der Alldeutschen ist, hat während des Krieges noch in öffentlicher Versammlung vor vielen hundert Zuhörern sich mit folgendem gebrüstet:

> Er habe als Kommandierender General es stets bedauert, den Befehl nicht geben zu dürfen, daß keine schwarzen Gefangenen gemacht werden. Er habe als General aber wiederholt seinen Untergebenen den Wunsch geäußert: **„Ich will keine Schwarzen lebend sehen".** Aber der gutmütige deutsche Soldat bringe doch immer wieder lebende schwarze Gefangene ein.

Da der betreffende General nicht auf der Auslieferungsliste steht, so wollen wir, um jede Denunziation an die Entente zu vermeiden, einstweilen seinen Namen und den Ort der Versammlung nicht nennen. Seinerzeit hat die Redaktion des „Vorwärts" in einem Schreiben an die damalige Reichsregierung den Vorfall zur Sprache gebracht und ein Ermittlungsverfahren gegen diesen General verlangt. Was darauf geschehen ist, wissen wir nicht. Sollte aber die Auslieferungsfrage geregelt sein, und der durch das deutsche Gesetz vom Dezember 1919 vorgesehene Gerichtshof in Wirksamkeit getreten sein, dann werden wir nicht verfehlen, diesem Gerichtshof unser damaliges Schreiben an die Reichsregierung von neuem zuzustellen.

Wir denken, — und darin wissen wir uns mit der jetzigen Regierung einig — nicht an den Schutz von Verbrechen oder Verbrechern. Wir pflichten aber vollkommen der in der „Freiheit" geäußerten Meinung bei, daß auch der Schwerstangeschuldigte Anspruch auf unparteiische Richter hat. Nach allem bisher Vorgekommenen können wir französischen und englischen Gerichten nicht die Fähigkeit zuerkennen, die Frage der Verantwortlichkeit und des persönlichen Verschuldens objektiv zu beurteilen. Jeder, der einem Ententegericht ausgeliefert wird, ist bereits im voraus ein Verurteilter. Die mangelnde Objektivität der Entente wird durch nichts besser illustriert als durch die Tatsache, daß sie von vornherein Kriegsverbrechen und grausame Befehle auf ihrer Seite für ausgeschlossen erklärt, obwohl die Ententeoffiziere zum großen Teil durchaus Geistesverwandte ihrer deutschen Kollegen waren, und obwohl die Hungerblockade gegen Deutschland doch schließlich auch eine Tatsache ist. Man stelle sich vor: Zwei Männer sind miteinander in Schlägerei geraten. Sie haben in der rücksichtslosesten Weise alle Kniffe und Püffe gegeneinander angewandt. Nun erklärt der Sieger, der dem Unterlegenen das Knie auf die Brust gesetzt hat: „Erstens hast du jetzt zuzugestehen, daß von meiner Seite keine Uebergriffe erfolgt sind, zweitens werde ich gegen dich ein Verfahren wegen unfairer Griffe eröffnen. Und zwar werde ich selbst dabei als Richter fungieren." Daß so etwas ein Hohn auf jede Gerechtigkeit ist, kann auch ein Blinder sehen.

Wir fordern gerechtes, unparteiisches Gericht, aber mit der gleichen Entschiedenheit verlangen wir auch die Bestrafung tatsächlich vorgekommener Uebergriffe und Grausamkeiten. Die Angeschuldigten mögen sich jetzt bewußt bleiben, daß wir nur das Prinzip der Gerechtigkeit, nicht ihre Personen, verteidigen, die zum Teil jedem anständigen Menschen alles andere als sympathisch sind. Aber weil das Gerechtigkeitsprinzip nur in ihrer Person geschützt werden kann, deshalb, allein deshalb, müssen wir darüber hinwegsehen. Diese schwere Pflicht mögen uns die Angeschuldigten nicht selber fortgesetzt erschweren, wie z. B. der General de la Chevallerie durch seine provokatorische Erklärung. Sie bringen damit dem Volke nur immer wieder zum Bewußtsein, daß es zum Teil sehr unwürdige und anfechtbare Vertreter sind, in denen sich das Prinzip hier verkörpert. Leute, die gegebenenfalls das ganze Volk mit unerhörten Opfern verteidigen soll, — wenn auch nicht um ihrer Person, sondern um der Sache willen — haben in erster Linie die Pflicht bescheiden zu schweigen. Wenn die Angeschuldigten erklären, daß sie sich auf keinen Fall selber stellen werden, welche Leiden auch das Volk deswegen auf sich nehmen muß, so erinnert solche Erklärung nur in allzu starkem Maße an jenen Generalsdünkel, wie ihn der Konservative Adam Röder richtig beobachtet hat. An jenen kalten Dünkel, der in den 50 000 ihm unterstellten Menschen nur seelenlose Geschöpfe sieht, die für den höheren Ruhm und den Pour le mérite des Herrn Generals besinnungslos in den Tod zu rennen haben. Diese Haltung kann nur dazu führen, daß das Bewußtsein von der Untrennbarkeit des Prinzips und der Personen in diesem Falle im Volke sich lockert.

Aber was diese Herren auch tun und denken: Für die verantwortlichen Stellen darf ein automatenhaftes Ableugnen aller Anschuldigungen nicht in Betracht kommen. Hier kann nur gelten: Strenge und energische Bestrafung aller wirklichen Verbrechen, aber auch nur der wirklichen Verbrechen. Und dazu ist erste Voraussetzung ein unparteiisches Gericht.

Unabhängige Selbstkritik.

Der Generalsekretär der französischen Partei, Frossard, erzählt in der „Humanité" von einem Gespräch, das er bei seiner Zusammenkunft in Bern mit dem Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratie, Crispien, geführt hat. Auf die Frage Frossards, ob eine revolutionäre Bewegung in Deutschland demnächst zu erwarten sei, habe Crispien unter anderem geantwortet:

„Manche Genossen glauben zwar daran, ich aber nicht ... Wir haben übrigens den Eindruck, als ob die Reaktionäre es nicht ungern sähen, wenn wir sofort ans Ruder gelangten — damit sie uns sicherer und schneller loswerden. Wir könnten nur schwer die Städte verproviantieren. Das würde in allerkürzester Zeit zum Sturz unserer Regierung, genau wie in Ungarn, führen und die Wiedererlangung der Macht durch die Junker bedeuten. Dank den Vorräten an Lebensmitteln, die sie aufgestapelt haben, würden letztere dem Volke die Illusion einer sofort eintretenden Besserung geben können — und alles wäre vorbei!"

Das ist nur eine Wiederholung der Argumente, mit denen Hilferding die radikalen Beschlüsse des Leipziger Parteitages in der „Freiheit" seinerzeit kritisierte. Allerdings mit dem Unterschied, daß Hilferding zum rechten oppositionellen Flügel gehört, während die radikale Strömung in der U. S. P. nicht zuletzt unter Crispiens Einfluß und Führung stärker wurde und in Leipzig siegte.

Der Sekretär der Schweizer Sozialdemokratie Huggler, der an diesem Gespräch offenbar als Dolmetscher teilnahm und selbst soeben aus Berlin zurückgekehrt war, bestätigte die Angaben Crispiens wie folgt: „Wenn die Unabhängigen ans Ruder gelangten, würden die großen Städte, in denen sich alle ihre Kräfte befinden, Gefahr laufen, unverzüglich ausgehungert oder niedergeworfen zu werden. Schon halten die Bauern die Lebensmittel zurück und stapeln Vorräte auf.".

Und weiter sprach Huggler von den Nichtorganisierten, auf die sich die Werbearbeit der Unabhängigen konzentrieren würde, folgendermaßen:

„Es gibt ein zahlreiches Lumpenproletariat, namentlich in Berlin, einen dunklen Plebs, der fähig ist, sich dem Meistbietenden zu verkaufen und alle möglichen Exzesse zu begehen. Ganze Viertel sind lebensgefährlich geworden, selbst bei Tageslicht riskiert man dort, überfallen und beraubt zu werden."

Es interessiert uns sehr, von Huggler zu hören, daß die Unabhängigen aus diesen dunklen Elementen klassenbewußte Anhänger des Rätesystems machen wollen. Wenn man von diesem Lumpenproletariat liest, das sich meistbietend verkauft und aller möglichen Exzesse fähig ist, wer denkt da nicht an die Januar- und Märztage 1919 in Berlin und an die Helden der Räterevolution in München, Düsseldorf usw.?

Es wundert uns nur, daß Frossard, der große Bewunderer der Unabhängigen, nicht gemerkt hat, daß, indem er diese Aeußerungen Crispiens und Hugglers zur Kenntnis der französischen Sozialisten brachte, er damit die deutsche Mehrheitssozialdemokratie in einer Weise rechtfertigte, die wir von der „Humanité" in dieser Zeit nicht erwarten durften.

Die Fahrt der Kaiserin nach Holland.

Beleidigte Generale.

Wir erhalten folgende Zuschrift des Deutschen Offiziersbundes:

„In einer öffentlichen Versammlung der Zentrumspartei in Ravensburg hat Herr Erzberger am 6. Februar u. a. behauptet: Als es sich seinerzeit darum handelte, einen General zur Begleitung der Kaiserin nach Amerongen zu finden, hätten alle Befragten abgelehnt, darunter auch ein bekannter Hofgeneral! Der Sozialdemokrat Molkenbuhr habe dann mangels anderer Begleitung das Amt auf sich genommen, die Kaiserin nach Holland zu bringen, und habe dieses Amt ohne Fährlichkeit durchgeführt.

Da diese Behauptung eine schwere Beleidigung der Generale enthält, hat der D.O.B. die Angelegenheit geprüft und einwandfrei folgendes festgestellt:

Als Ihre Majestät die Kaiserin den Wunsch zu erkennen gab, nach Amerongen zu reisen, übernahm der damalige Kriegsminister die Vorbereitung und sichere Durchführung dieser Reise. Hierzu sah er neben anderen Sicherheitsmaßnahmen die Mitreise eines Generals vor. Die Generäle Renner und Rohdewald erklärten sich auf Anfrage sofort bereit. Ein „bekannter Hofgeneral" oder ein anderer General sind überhaupt nicht gefragt worden. Einer von beiden, der General Rohdewald, Inspektor der Eisenbahntruppen, wurde zur Mitreise bestimmt und hat dann auch tatsächlich den Zug bis zur holländischen Grenze begleitet.

Mit Rücksicht auf das auch den Bahnverkehr störende Treiben der Arbeiter- und Soldatenräte regte ferner der damalige Kriegsminister bei den Volksbeauftragten an, sie möchten außer der militärischen Begleitung eine geeignete Persönlichkeit ihres Vertrauens mitreisen lassen. Als solche wurde Herr Molkenbuhr, der ältere, bezeichnet. Auch er machte die Reise mit. Aber nicht, weil kein General mitreisen wollte, sondern mit dem General und der sonstigen militärischen Begleitung. Sowohl General Rohdewald als auch Molkenbuhr waren auf den von den Volksbeauftragten angefertigten Pässen angeführt.

Nach vorstehenden Feststellungen haben sich die Angaben des Herrn Erzberger als unwahr erwiesen. Dies zu ermitteln, wäre auch für Herrn Erzberger ein leichtes gewesen, ehe er den Versuch machte, die Behauptung in aller Oeffentlichkeit gegen die Generale zu verwenden.

Der Deutsche Offiziersbund muß als Vertreter der Standesinteressen der gesamten Offiziere gegen ein derartiges Vorgehen, dessen Tendenz sich selbst richtet, schärfste Verwahrung einlegen.

Außerdem ist gegen Herrn Erzberger Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Erst durch diese Zuschrift wird der Oeffentlichkeit bekannt, welche Sorgfalt die sechs Volksbeauftragten im November 1918 daran wendeten, die Frau des Exkaisers ohne jede Behelligung über die Grenze zu bringen. Die Darstellung des D.O.B. entspricht in der Hauptsache der Wahrheit. Die Exkaiserin reiste mit einem Paß, der von allen Volksbeauftragten, also auch von Haase, Dittmann und Barth, unterzeichnet war und wurde vom Genossen Molkenbuhr und dem General Rohdewald bis an die Grenze begleitet. Ob anderen Generälen dieses Unternehmen zu gefahrvoll schien und sie deshalb die Beteiligung ablehnten, wissen wir nicht. Der Beweis für diese Behauptung muß Herrn Erzberger überlassen bleiben. Sicher ist nur eins: hätten alle Generale so gehandelt wie Ludendorff, der damals zu Schiff nach Schweden war, so hätte sich kein General gefunden, der die Exkaiserin hätte begleiten können. Es ist hübsch, daß die anderen Herren jetzt die Unterstellung, sie wären vom gleichen Geist der Vorsicht beseelt gewesen, als eine Beleidigung zurückweisen.

Der neue Geschäftsträger für Argentinien.

Zum deutschen Geschäftsträger in Argentinien ist der Konsul Dr. Olshausen ernannt worden. Dr. Olshausen hat viele Jahre seines Lebens in Südamerika verbracht und kennt die dortigen Verhältnisse. Man hofft in diesem tüchtigen Beamten die geeignetste Persönlichkeit gefunden zu haben, um die deutschen Beziehungen in diesem aufblühenden und zukunftsreichen Lande zu pflegen, das während des Krieges seine Neutralität Deutschland gegenüber bewahrt hat.

Antisemitischer Studentenpöbel gegen Einstein.

Durch die Exzesse eines antisemitischen Studentenpöbels ist die gestrige Vorlesung des bekannten Professors Einstein, der die wissenschaftumwälzende Relativitätstheorie aufgestellt hat, zum Schauplatz wüster Szenen geworden.

Professor Einstein hatte gewünscht, daß seiner Vorlesung auch nichtimmatrikulierte Hörer beiwohnen könnten. Der Studentenausschuß kam dagegen zu einem ablehnenden Beschluß.

Zu Beginn seiner gestrigen Vorlesung bedauerte Professor Einstein diesen Beschluß und bat dann in der ruhigsten und sachlichsten Weise seine Hörer, mit ihm darüber zu beraten, an welchem Orte vielleicht doch das Kolleg in der von ihm gewünschten Weise abgehalten werden könnte, da er auf seinem Wunsch, auch nicht-

Bitte um Ruhe!

Parole von Rechts zur Auslieferungsfrage
„Wir wollen sie mit unsern Leibern decken."

Ein Chor von Mäulern reißt sich auf,
von großen Mäulern, fast zum schrecken.
Besessen brüllt ein bunter Hauf
nach Schießgewehr und Knotenstecken,
und skandaliert,
und agitiert:
„Schlagt in die Pfanne die Verräter,
wer treugesinnt, sei Attentäter!"

Leicht watet wohlgemut im Mord
der Lärm von hundert Schnatterweibern,
schon fanden sie ein griffig Wort:
„Wir decken sie mit unsern Leibern". —
Im Hintergrund
bleibt man gesund:
„Was schadet denn dem Plebs das Sterben,
Das beste Blut darf nicht verderben."

Zerstörung gab für Leut' und Land
die Lügenherrschaft dieser Schreier,
doch unentwegt mit flinker Hand
zerrupfen sie die Tobsuchtsleier.
Obs nochmal zieht,
das alte Lied?
— — — — — — — — — — — — — —
Will man dem Unrecht widerstehen,
muß Narr und Schurke schweigend stehen.

Schlaraff.

Richard Dehmels Einäscherung fand gestern nachmittag in einer Stunde statt, die draußen Sturm und Regen um das Haus brausen ließ. Die Kuppelhalle des Ohlsdorfer Krematoriums, von feierlicher Musik durchtönt, war voll von Menschen. Die an der Bahre des Dichters Abschiedsworte sprachen, taten es im Geist der Nähe zu einem Kämpfer, der sein Lebenswerk stark und groß vollbracht hat. Was Gerhart Hauptmann, dem Erkrankung die Reise nach Hamburg unmöglich gemacht hat, gesagt haben würde, wäre ausgeklungen in den Gedanken Dehmel und Deutschland, und das bedeutete ihm Zuversicht auf ein neues geeinigtes Werden des Landes, dem der Dichter mit so heißer Liebe Treue gehalten, Treue bewiesen habe: „Du wirst Söhne haben im Geist, Söhne und Töchter, wie Sand am Meer, und das arme gemarterte Deutschland wird nicht untergehen."

Staatsoper: Der Waffenschmied. Lortzing: Das ist die Wiedergeburt des Sinns für reine Melodie weicher Linie im Gesang, zarte und schmiegsame Instrumente; ist Erinnerung an naive, nur märchenhaft-primitive Dichtung aus Deutschlands Kleinbürgertum. Ist Fröhlichkeit der Rosen, lachende Beweglichkeit des Spiels, ist tränselige Rührung. Eine kindlich-harmlose Liebesgeschichte, in der die Karten vom ersten Takt an aufgedeckt sind. Der Bürgertrotz des alten Stadinger gegen den gräflichen Adelsmann ist, so meisterfingerlich er sich gebärdet, doch nur stille Unterbrechung einer geläuterten, ruhevollen Kleinstadtatmosphäre; nicht tragisch, nicht Lebensmotiv.

Diese sonnige, launige Heiterkeit lothringischer Volkslieder war nur im Orchester der Staatsoper. Otto Urack, den böse Zungen schon längst in den Ruhestand versetzten, führte die Instrumente mit leichter, graziöser, lieber Hand. Auf den Brettern aber war Griesgrämigkeit, gemachter, nicht erlebter Humor (bis auf den gelungenen Knappen Henkes). Es kamen Arien, Chöre und Lieder, lustige und tränend-sentimentale. Aber die Stimmung, das Lächeln, die Traulichkeit blieben weg. So wirbt man nicht um Lortzing, der dem Volke gehören sollte, wie Weber und Wagner. Ein Spiel muß sein und Leben. Und ein Schein von Wahrheit; wenn wir dann seufzen und lächeln, die alten Melodien mitsummen, dann wär' wieder einmal „eine köstliche Zeit".

Marie Escher spielte lieblich und kämpfte gegen einen Katarrh; Frau Scheele-Müller unterstrich das Groteske des Altjüngferlichen zu dick; Bronsgeest blieb ein matter, wenn auch stimmlich kräftiger trefflicher Graf; Schützendorf quält sich in der Höhe und umstreichelt die kleinen Humore. Sein großer Schlager aber aus der blondgelockten Jünglingszeit wirkte wie stets. Ausnehmend gut klangen die Chöre. Ein anderes Temperament auf die Bretter — und die nächste Volksvorstellung macht tausend Menschen für einen Abend froh. K. S.

Die Verstaatlichung des Heilwesens. Im Adler-Verlag Berlin ist soeben eine Denkschrift erschienen, zu der sich unter Führung von Dr. med. et phil. Hans Lungwitz eine Reihe hervorragender Hygieniker, darunter Professor Dr. A. Dührssen, Dr. Drews, Dr. Kramer usw. zusammengetan haben, die für die Verstaatlichung des Heil- und Fürsorgewesens eintreten.

„Der letzte Walzer" (Erstaufführung im Berliner Theater). „Vorspiegelung falscher Tatsachen" sagt der Jurist so wunderschön stumpfsinnig — aber es läuft den ohnehin mitunter nur halbbekleideten Premierenbesucherinnen neben anderen Schauern auch noch der Schauder vor der Todesangst über den Rücken, wenn der wegen Beleidigung eines Mitgliedes des Zarenhauses angeblich zum Tode verurteilte Damenliebling Graf Dimitri Sarasow (welch schöner Name!) etliche Stunden, bevor ihn die Kugeln des schon für ihn bestimmten Pelotons treffen, noch — den letzten Walzer tanzen kann, der nicht etwa als Henkersmahlzeit-Ersatz gewährt ist, sondern mit allen Zeichen genossen werden darf. „Natürlich" hat der Großfürst nur so getan, denn er ist im Grunde genommen ein guter Kerl — die Damen des Hofballetts bezeugen es ihm ja und da muß es natürlich wahr sein.

Allerhand Handlung und noch dazu einige Spannung, wie's wohl noch werden wird; das ist mehr als man heutzutage von einer Operette verlangt. Und dann Schlager, Schlager im 1. Akt geht's schon los und der Hauptschlager kommt im dritten „Oh, la, la, oh, la, la, das kann ein Glück sein, oh, la, la, oh, la, la — das kann ein Trick sein ..." Barer Unsinn, wenn man's so niedergeschrieben sieht, aber hinreißend gemimt und gesungen von der Massary, diesem lebendig gewordenen Begriff von „Ich weiß nicht was" (so sehr zu ihr anregt), wie ein geistvoller Franzose einmal in ähnlichem Falle gesagt hat. Ein Katzenweib mit schlummernden Reizen, die alle geweckt werden von Oskar Strauß, dem glücklichen Verfasser der Operette, dem sehr hübsche Sächelchen eingefallen sind in Sang und Klang und auch in instrumentalen Dingen kleinen und größeren Formates.

Die Librettisten sind die Herren Julius Brammer und Alfred Grünwald. „Es tut mir in der Seele weh, wenn ich dich in der Gesellschaft seh'!" braucht man glücklicherweise erst im letzten Akt zu sagen, dann aber um so mehr. Neben der Massary verdienen noch besonders Otto Storm, ihr Gegenspieler, und die Damen Janowitz und Engl, sowie die Herren Waßmann, Kühne und Scholz genannt zu werden. Ausstattung und Orchester, das vom Komponisten dirigiert wurde, waren sehens- und hörenswert. -tz-

Der Schweizer Dichter und Literaturforscher Adolf Frey, der in jungen Jahren die Freundschaft des schwer zugänglichen Gottfried Keller gewann, aus der ein schönes Buch „Erinnerung" hervorging, ist 63 Jahre alt in Zürich gestorben. Er hat eifrig der Aufgabe gedient, der Schweizer Dichtung in Deutschland eine Heimstatt zu schaffen. Die aber verdient auch seine mannhaft warmherzige ernsthafte Lyrik.

Theater. Die Uraufführung von Romain Rollands Danton im Großen Schauspielhaus am Sonnabend beginnt pünktlich um 6½ Uhr.

Musik. Zu Ehren Alexis Hollaenders, des Tonsetzers und Musikpädagogen, der am 25. Februar 80 Jahre alt wird, findet am 22. Februar, nachm. 4 Uhr, in der Singakademie ein Festkonzert statt, in dem ausschließlich Kompositionen Hollaenders zur Aufführung gelangen. Karten bei Schlesinger.

Eine Ausstellung von Handzeichnungen der verstorbenen Künstler Theo von Brockhusen und Waldemar Rösler wird am 14. Februar in der Galerie Möller eröffnet.

Filme für Landwirte. Die Deutsche Lichtbild-Gesellschaft hat eine ganze Reihe gemeinverständlicher Fach- und Lehrfilme für Landwirte geschaffen. Im Zusammenhang mit der diesjährigen Berliner Landwirtschaftswoche veranstaltet sie von heute ab bis Ende des Monats täglich von 10—6 Uhr Vorführungen von Filmen für das Land in den Vorführungsräumen der Deulig-Gesellschaft, Friedrichstr. 185, oder Kurfürstendamm 24.

Ueber erregende und betäubende Genußmittel spricht Dr. L. Lewin am 20. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule zum Besten der Hilfskasse derselben.

immatrikulierte Hörer zuzulassen, bestehen müsse. Die Antwort war ein Riesenskandal seitens einer Gruppe von alldeutschen Studenten, der sich in Rufen wie „Jude!“ und ähnlichen auslebte.

Darauf erklärte Professor Einstein, daß er sein Kolleg absage und durch die Quästur die Rückzahlung der bereits eingezahlten Kolleggelder veranlassen werde.

Professor Einstein ist einer der wenigen Deutschen, dessen Name auch heute noch im ganzen Ausland uneingeschränktes und unangefochtenes Ansehen genießt. Wenn eine Schar grüner Jungen das deutsche Ansehen nicht anders glaubt verteidigen zu können, als daß sie diesen Mann mit antisemitischen Unflätigkeiten beschimpft, so kann es einem um die Geistesverfassung dieser „Deutschlandsretter“ wirklich leid tun.

Hoffentlich ermöglicht der Kultusminister auf diesen Vorfall hin sofort Professor Einstein, seine Vorlesung in der von ihm gewünschten Art an einem neutralen Ort abzuhalten.

Gerade der Umstand, daß Professor Einstein Hörer aus allen Schichten wünscht, beweist uns, daß der Bildungshochmut nicht eine Eigenschaft der wirklich Wissenden, sondern nur jener Halbbildung ist, wie sie wohl den im nationalistischen Phrasenrausch ersoffenen Trägern bunter Mützen eignet.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Die Freitagsverhandlung beschäftigte sich mit der Beteiligung Erzbergers an der Erfindung eines Ingenieurs Kowatsch, der ein Verfahren erfunden hatte, flüssige Luft als Sprengstoff zu verwenden. Um ½10 Uhr eröffnet Landgerichtsdirektor Baumbach die Verhandlung.

Vors.: Ich nehme an, daß der Herr Angeklagte sich zunächst zum heutigen Thema äußern wird. Helfferich: Es handelt sich um die geschäftliche Ausnützung der

flüssigen Luft als Sprengmittel

durch den Herrn Nebenkläger. Erzberger hat spätestens im Herbst 1914 ein finanzielles Interesse an der Verwertung dieses Patentes eines Ingenieurs Kowatsch zur Verwendung der flüssigen Luft als Sprengmittel genommen. Es wurde zu diesem Zweck ein Konsortium gebildet, an dem Erzberger, Kowatsch, ein Herr Baldus und die Thyssensche Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ mit je einem Viertel beteiligt waren. Erzberger hatte durch seine engen Beziehungen zum Kriegsministerium Kenntnis von der gefährlichen Knappheit an Stickstoff. Als Referent in der Budgetkommission wußte er, daß für den Bergbau vom Frühjahr 1915 an nur geringe Mengen von Stickstoffsprengmitteln würden abgegeben werden können.

Zunächst hat Erzberger sich bei den Behörden, vor allem im preußischen Handelsministerium und dem Vorsitzenden der Prüfungskommission für Sprengmittel, Geheimrat Will, ganz einseitig und mit großem Nachdruck unter Hervorkehrung seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichstags und Verschweigung seiner Finanziellinteressiertheit für das noch ganz unfertige Kowatschsche Verfahren eingesetzt. Mehr als das! Er hat den Versuch gemacht, andere bessere Verfahren des Sprengens mit flüssiger Luft beim Handelsministerium und den Bergbehörden zu diskreditieren. Nachdem Erzberger sich den Boden vorbereitet hatte, trat er an die Bergbauinteressenten heran und bot ihnen unter Hinweis auf die vom Kriegsministerium in Aussicht genommene Einschränkung der Belieferung des Bergbaues mit Stickstoffsprengmitteln sein Verfahren an, und zwar zu Bedingungen, die wegen der durch die Stickstoffknappheit geschaffenen Notlage als eine Ausnutzung aufgefaßt wurde. Der Herr Nebenkläger verlangte für die Ueberlassung des noch unfertigen und später als unbrauchbar erwiesenen Verfahrens nicht weniger als fünf Millionen Mark. Der Bergbauverein lehnte dieses Angebot ab. Die Interessenten an dem Marsitverfahren hatten inzwischen den Eindruck gewonnen, daß die Erzbergersche Einwirkung nur zu überwinden sei, wenn sie Erzberger finanziell interessierten. Infolgedessen kam dann eine Fusion der beiden Gruppen zustande. Die Wirkung war, daß Erzberger sich nach der Fusion mit genau demselben Eifer für das vorher als unbrauchbar preisgegebene Kowatschsche Verfahren, so jetzt für das bisher als lebensgefährlich bekämpfte Marsitverfahren einsetzte.

Oberstaatsanwalt Krause: Woher wußten Sie das, waren Sie, Herr Angeklagter, damals schon Staatssekretär? Helfferich: Mir sind diese Mitteilungen aus Bergwerkschaftskreisen zugegangen. Rechtsanwalt Dr. Friedländer: Ich möchte im Namen des Herrn Nebenklägers folgende Erklärung abgeben: „Die Gegenseite bringt hier, wie in allen Fällen, einen Komplex von an sich unauffälligen Tatsachen. Es ist immer wieder dasselbe

System der Verdächtigung

des Herrn Nebenklägers. Das Interesse des Herrn Nebenklägers an der Erfindung beginnt nicht erst im Jahre 1914, sondern schon im Jahre 1910 oder 1911. Durch Vermittlung eines Parteifreundes, des Paters Simonis, wurde dem Nebenkläger der Ingenieur Kowatsch zugeführt, der eine bedeutende Erfindung gemacht haben sollte. Kowatsch legte dem Abgeordneten Erzberger seine damals noch nicht patentierte Erfindung vor. Erzberger erkannte, daß es sich um

eine Sache von ungeheurer Tragweite

handelte, um einen Sprengstoff, der die Gefahren der Bergarbeiter beim Sprengen vollständig beseitigte, der den Bergbau mit unnennbaren Mengen Sprengstoff mit verhältnismäßig niedrigen Preisen versehen konnte. Erzberger beteiligte sich zuerst mit einigen tausend Mark an der Bürgschaft, die zur Durchführung der Patentierung beim Patentanwalt gestellt werden mußte, da der Erfinder zu arm dazu war, die nötigen Summen hierfür aufzubringen. Er hat diese Summen gegeben, ohne etwas davon zu haben, ohne jede Gewinnbeteiligung. Als das Verfahren dann patentiert war, wandte er sich an einen Parteifreund, den Fabrikbesitzer Baldus, der sich mit 20 000 Mk. beteiligte. Baldus erklärte dann, es sei ungerecht, daß Erzberger nicht beteiligt sei. Erzberger solle sich mit 2000 Mk. beteiligen, er, Baldus, übernehme die anderen 18 000 Mk., und für Erzberger solle dann eine 10prozentige Gewinnbeteiligung vorgesehen sein. Im Kriege erhob sich dann die Frage, wie weit das Mittel sich als Sicherheitssprengstoff als brauchbar erweisen würde. Das Mittel bewährte sich dort außerordentlich. Später ist Erzberger ausgetreten. Der Herr Nebenkläger hat in dieser Angelegenheit vollkommen uneigennützig gehandelt. — R.-A. Alsberg: Unser Wunsch ist es, daß der Herr Nebenkläger auf alle diese Fragen als Zeuge antwortet. — Zeuge Ministerialdirektor Neuhaus teilt mit, daß der eigentliche Referent in dieser Angelegenheit, Geheimrat Bolenski, verstorben sei, und daß der in den Akten genannte Geheimrat Mengel mit der Angelegenheit nicht vertraut sei. — Darauf wird Reichsfinanzminister Erzberger als Zeuge vernommen. Er gibt folgende Erklärung ab: Im Jahre 1910 ist Herr Kowatsch an mich herangetreten, und zwar mit der Form einer neuen Statistik. In den darauffolgenden Verhandlungen machte er mich auf seine Erfindung aufmerksam, flüssige Luft als brauchbares Sprengmittel zu verwerten. Der Fabrikbesitzer Baldus hat dann das Geld gegeben. Ich sagte damals zu Geheimrat Bolenski, daß ich und mein Freund das Verfahren Kowatsch unterstützen. Geheimrat Bolenski erwiderte mir: „Das ist mir sehr wichtig.“ Ich betone nochmals, ich habe nicht geschäftliche Vorteile, sondern

das Wohl der Allgemeinheit

im Auge gehabt.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Wirtschaft.

Die neue Wirtschaft?

Der Direktor der A.E.G. Paul Manroth schreibt in Nr. 8 der „A.E.G.-Volkswirtschaftlichen Blätter“:

Der Zusammenschluß der A.E.G. mit der Siemens u. Halske-A.-G. und dem Großaktionär der in Liquidation tretenden Auer-Gesellschaft, Geheimrat Koppel, zum gemeinsamen Betrieb der drei größten Glühlampenfabriken Europas, ist ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur neuen Wirtschaft. Mit der Entwicklung der elektrischen Glühlampe ist die Geschichte der A.E.G. eng verbunden. Es ist sehr zweifelhaft, ob unsere Gesellschaft ins Leben getreten wäre, wenn nicht Emil Rathenau 1881 die Bedeutung der noch recht primitiven Kohlenfadenlampe erkannt hätte, die Edison auf der Pariser Elektrizitätsausstellung vorführte. Bis dahin war für den Laien der Begriff: elektrisches Licht schlechthin gleichbedeutend mit der Bogenlampe; aber auch berufene Vertreter der Technik standen der Edisonerfindung kühl und ablehnend gegenüber. Manroth schildert dann die Bemühungen und Erfolge der von Emil Rathenau auf Grund der deutschen Edisonpatente ins Leben gerufenen Studiengesellschaft. Er erinnert weiter daran, wie die Glühlampentechnik über die Nernst-, Tantal- und Osmiumlampe ihre Wiedergeburt in der Erfindung des gezogenen Metalldrahts und der Herstellung gasgefüllter Lampen fand. Vereinbarungen zwischen der General Electric Co in New York mit einer aus A.E.G., S. u. H. und Auer bestehenden Patentgemeinschaft sicherten bis zum Kriegsausbruch unter Herstellung territorialer Abgrenzungen die gemeinsame Arbeit. Die deutsche Gruppe, die anderen Fabrikationsfirmen im In- und Auslande durch Lizenzerteilung die Beteiligung an der Entwicklung ermöglichte, hat zusammengehalten und in schwerer Zeit auf dem Glühlampenmarkt Nützliches geschaffen. Aber ein hoher Grad technischer Leistungen in wirtschaftlicher Einheit war nur von der völligen Verschmelzung der drei Fabriken und dem vereinten Streben ihrer führenden Männer zu erwarten.

Diesem Ziel dient die jetzt durchgeführte Transaktion. Die Osram-Werke G. m. b. H., an der wir maßgeblich beteiligt sind, erwerben die Lampenfabriken der A.E.G. und von S. u. H. Die drei bewährten und beliebten Marken werden aufrechterhalten, allen Werkhätten stehen die gesamten Fabrikationserfahrungen der drei Firmen befruchtend zur Verfügung.

Große Laboratorien dienen dem Fortschreiten von Wissenschaft und Technik. Eine maßvolle Preispolitik, die zurzeit durch Vereinbarungen mit in- und ausländischen Lizenzträgern ergänzt ist, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Verwaltung.

Die Pressemitteilungen über die Gründung der Osram G. m. b. H. bedürfen einer Berichtigung. Die neue Gesellschaft ist eine Kommanditgesellschaft, für die es gesetzmäßig keinen Aufsichtsrat gibt. Die Mitteilung, „den Aufsichtsrat bilden folgende Herren“, war also irreführend. Auf diesem Wege hat man also die Arbeitnehmer von einer Wahrung ihrer Interessen und der der Allgemeinheit ausgeschlossen. Man hat ein reines Privatmonopol geschaffen. Und solche Privatmonopole, nennt Herr Manroth „Neue Wirtschaft“, zu solchen Privatmonopolen bietet ein Walter Rathenau die Hand! Peinlicher Widerspruch zwischen Theorie und Praxis!

Und die Industrie kauft!

Unter diesem Stichwort haben wir uns mit den Kohlenschiebungen wiederholt beschäftigt und darauf hingewiesen, daß an den elenden Zuständen diejenigen schuld sind, die kaufen! Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht unter dem Stichwort: „Materialverschiebungen“ folgende Einsendung aus der Berliner Großindustrie:

„Die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Industrie unter den heutigen Verhältnissen bei der Herstellung ihrer Fabrikate ohnehin zu kämpfen hat, haben in den letzten Wochen eine unerhörte Steigerung dadurch erfahren, daß die notwendigen Rohstoffe in wachsendem Umfange von gewerbsmäßigen Schiebern aufgekauft werden. Zu dem Mangel, der in so vielen wichtigen Rohstoffen vorhanden ist, tritt also die Tatsache, daß auch die vorhandenen Materialien der Produktion immer mehr entzogen werden. Die Gründe für ein solches Vorgehen liegen auf der Hand: einmal ist den Leuten vielfach das Material lieber als unsere Papierscheine, sodann aber gibt es bei der rapiden Steigerung aller Preise ja kaum ein rentableres Geschäft, als notwendig gebrauchte Materialien für ein paar Wochen oder Monate einzulagern und dann mit hohem Nutzen zu verkaufen.

Was tut die Regierung, um diesen Zuständen zu steuern? Nichts! Sie sieht tatenlos zu, und hofft anscheinend immer noch, daß die Dinge sich von selbst irgendwie entwickeln werden. Die Schieber aber lachen sich vergnügt ins Fäustchen, dieweil sie so bequem und ungestraft ihre Taschen füllen können. Was geht denn sie die Volkswirtschaft an!

Zu dem spekulativen Zurückhalten der Materialien tritt weiterhin ein anderes Uebel, das in nicht weniger erschreckendem Maße zugenommen hat: die ungeheuren Material-Diebstähle, die heute in allen Fabriken ausgeführt werden.“

Was tut die Regierung? Das ist die billige Frage! Wir möchten an die Herren der Berliner Großindustrie die Frage richten: Wer kauft denn nun von den Schiebern? Sie, verehrte Herren, sind es doch selbst! Bei Ihnen melden sich diese Halunken, warum fassen Sie selbst nicht zu, warum stellen Sie sie nicht an den Pranger, warum führen Sie keine schwarzen Listen, wie Sie es gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern so gern tun? Sie sind doch in Ihren Verbänden straff organisiert. Warum schaffen Sie selbst keine Abwehrorganisationen? Wer im Glashaus sitzt, darf allerdings nicht mit Steinen werfen. Kapital und Moral schließen sich eben gegenseitig aus.

Groß-Berlin

Modewoche.

Zurzeit ist Berlin wieder einmal für die Fremden in seinen Mauern auf ein Glanzbild eingestellt. Sehr rührige Leute der Modeindustrie haben die Zeit für geeignet gehalten, eine Modewoche mit reichlich theatralischen Behang zu veranstalten, und weil damit auch ein Schaufenster-Wettbewerb verbunden ist, so sieht der arbeitende und knapp gekleidete Berliner im Vorübergehen, wie Deutschland heute noch die kostbarsten Dinge reichlich hervorbringt. Er sieht soviel seidene Wäsche wie köstliche Leinwand, Schals, Tülls und Moireas, die Schlangenhaut genannten atlasartigen Stoffe, und lernt auch sozusagen begreifen, daß man nur in den Modefarben Koralle und Türkisblau glücklich sein kann.

Wie reich ist Deutschland, denkt er sich, daß es diese fabelhaften Dinge in Hülle und Fülle sich leisten kann. (Er selbst hätte gern einen Anzug und kämpft seit Wochen um den Luxus eines neu anzuschaffenden Hemdes.) Es ist ein Komplex der Widersprüche. Man hört den Schrei über den Rohstoffmangel, der es nicht erlaubt, die notwendigsten Kleidungsstücke zu annehmbaren Preisen herzustellen, und hier ist der Kleiderluxus auf Origen in Farbe und Material gesteigert. Schließlich weiß es jeder, daß es heut ein Verbrechen am Volk ist, die aufs knappste bemessenen Rohstoffe zu Dingen zu verwenden, die nicht unbedingt den notwendigsten Zwecken dienen. Schließlich weiß es jeder, daß uns die Kleidungsnot nicht weniger bedrängt als die Ernährungsnot; irgendwo reißt man sich um billige Stiefel — und hier . . .? Um sich vor den Verhältnissen und der Zeit zu rechtfertigen, lassen sich die Interessenten folgendermaßen dichterisch vernehmen:

„Wir wollen durch den Verband der Deutschen Modeindustrien alles, was Deutschland an seinem Teil dazu beiträgt, die Geste der Be- und Entkleidung verführerisch zu machen, sammeln, in Ausstellungen auffangen und wieder entfalten, steigern und diesen Komplex von unwiderstehlichen Lockungen zu einem äußerst ehrbaren Zweck dem Ausland unter die Augen rücken: unserer Valuta durch einen in der Leistung wahrhaft begründeten Export das molluskenhafte Rückgrat steifen. Nichts sei raffiniert, nichts sei luxuriös, nichts zärtlich genug. . . .

Der Unbefangene sieht dieser prächtigen Programmblüte hilflos gegenüber. Er braucht ein Hemd und ein paar Strümpfe. Soll er sie erst kriegen auf dem Wege des Geldkreislaufs über das Ausland? Waren die Leute gut bezahlt, die dieses Ganze mit einer Ueberfülle von Schmuck an Empfängen, Festen und Gesellschaftsabenden jetzt in Szene setzten?

Es ist ein starkes Stück, den Bedürftigen vor der Fülle auf Pracht eingestellter Notwendigkeiten vorbeizuführen und ihn mit einer schönen, zu nichts verpflichtenden Geste auf das „Nicht für Dich, vielleicht später einmal“ zu verweisen. K.

Groß-Berlin am 1. Juli?

Der 17. Ausschuß der Landesversammlung hat in seiner letzten Sitzung in der ersten Lesung beschlossen, den Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes Groß-Berlin auf den 1. Juli d. J. festzusetzen, da der von der Regierung in Aussicht genommene Termin des 1. April nach Lage der Dinge unter keinen Umständen einzuhalten ist. —

Der Ausschuß nähert sich jetzt dem Ende der ersten Lesung und wird heute über die Beamtenfragen Beschluß fassen. Der Unterausschuß hat in den letzten Tagen eine Reihe von Vertretern der Groß-Berliner Gemeindebeamtenverbände und Beamtenausschüsse sowie Vertreter einzelner Gruppen, wie Techniker usw., gutachtlich gehört. Die von den Beamten bekämpfte Bestimmung des § 42, wonach die neue Stadtgemeinde Groß-Berlin all ihren Verpflichtungen gegenüber den Beamten entbunden ist, wenn diese nicht die ihnen überwiesenen neuen Stellen annehmen, ist jetzt sowohl von der Regierung als auch vom Ausschuß aufgegeben worden. Noch nicht erledigt ist dagegen die Neuregelung des Schulwesens und der Fortbildungsschulen für Groß-Berlin. Es ist anzunehmen, daß hierüber noch ein besonderes Gesetz vorgelegt wird.

•

Wenn tatsächlich Groß-Berlin nicht schon am 1. April, sondern erst am 1. Juli in Kraft treten soll, dann wird die für die Aufstellung des Etats vorgeschlagene gemeinsame Kommission aus Vertretern der einzelnen Gemeinden unbedingt notwendig. Es ist unmöglich, daß jetzt noch den einzelnen Gemeinden die Aufstellung der Etats überlassen werden kann, die für das mit dem 1. April 1920 beginnende neue Verwaltungsjahr gelten sollen. Der größte Teil dieses Jahres fiele ja bereits in die Zeit nach dem Zustandekommen der Einheitsgemeinde Groß-Berlin.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Beim Waschen erstickt und verbrannt ist die 24 Jahre alte Arbeiterfrau Pauline Preuß aus der Linienstraße 87. Sie wurde gestern nachmittag in der Küche ihrer Wohnung, die von innen verschlossen war, mit schweren Brandwunden am Gesicht und am rechten Arm tot aufgefunden. Auf dem Gasofen brannte eine Flamme unter einem heißen Eimer mit verkochter Wäsche. Nach dem Befund muß angenommen werden, daß die Frau, nachdem sie die Wäsche auf das Feuer gestellt hatte, sich hinlegte und einschlief. Das Wasser kochte nun aus und verdampfte, der Eimer wurde glühend, die Wäsche fing Feuer und verbrannte. Als Frau Preuß plötzlich erwachte, versuchte sie wohl das Feuer zu löschen und erstickte dabei selbst.

Der 3. Lehrgang für Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendpflege im Regierungsbezirk Potsdam beginnt Montag, den 16., nachmittags 6 Uhr, im Festsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Am ersten Tage werden sprechen Staatsschulrat Dr. Buchenau-Neukölln über „Die Jugendpflegearbeit als Grundlage zur Wiederherstellung der inneren Einheit unseres Volkes“ und Gewerbeschullehrer Richter-Charlottenburg über „Selbstverwaltung im Jugendverein“. Weitere Anmeldungen sind an Kreisjugendpfleger Blume, Neukölln, Münchener Str. 52, zu richten.

Einbruch bei den Eltern. Bei seinen eigenen Eltern hat ein 13 Jahre alter Gerhard Hartmann aus Breslau einen Einbruch verübt, der von der Berliner Kriminalpolizei gesucht wird. Der mißratene Sohn erbeutete für 20000 Mk. Schmuck- und Wertsachen, darunter ein Brillantkollier mit Platinkette, eine Herren- und eine Damenuhr, deren Deckel hinten mit Brillanten besetzt ist, goldene Uhrketten, Ringe usw., 60 Stück geschliffene Chrysoprase ohne Fassung, zwei lose Perlen und dazu noch einen Opossumkragen. Der bestohlene Vater hat für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes ausgesetzt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Hermsdorf. Den Kindern bis 6 Jahren, sowie den werdenden Müttern werden als Ersatz für gefürzte Milch einmalig 375 Gramm Grieß verabfolgt. Der bei den Händlern noch lagernde Käse darf freihändig verkauft werden. Auf Abschnitt 14 der Lebensmittelkarte 8 Stück große Salzhäringe.

Buchholz. 8 Pfund Kartoffeln. Art und Menge des Kartoffelersatzes werden noch bekanntgegeben. Familien bis 4 Personen 1 Päckchen Eßstoff, über 4 Personen 2 Päckchen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Eröffnung der Ortsgruppe Schöneck heute 7½ Uhr, Bayernhof, Rudower Straße. — Ortsgruppe Wilmersdorf: heute 7½ Uhr, Gesangssaal Hindenburgschule, Am Seepark, Diskussionsabend.

21. Abt. Morgen abend ½8 Uhr bei Keller, Hausburgstraße 9, Schulausschuß- und Funktionärsitzung.

Jugendveranstaltungen.

Verein „Arbeiter-Jugend“ Groß-Berlin. Jugendsekretariat W 9, Bellevuestr. 7, III. — **Zentral-Jugendheim,** Lindenstr. 3, 2. Hof links III. Heute Mädchenabend. — **Abt. Südost.** Heute ½7 Uhr im Jugendheim Wrangelstr. 128, allgemeine Helferstunde (Zeitungsausgabe). — **Osten.** Jugendheim Gemeindeschule Stralauerstr. 6. Heute Diskussionsabend. — **Moabit.** Jugendheim Gemeindeschule Turmstr. 76, Ausgang A, Tür 8. Heute Diskussionsabend. — **Neukölln-Süd.** Jugendheim Nogatstr. 53. Heute Mitgliederversammlung. — **Lichtenberg.** Jugendheim Parkaue 10, Ecke Möllendorfstraße. Heute Lichtbildervortrag. — **Schöneberg.** Jugendheim Rubens-, Ecke Hauptstr. Heute Vortrag: „Die internationale Jugendbewegung“. — **Spandau.** Jugendheim Oberlyzeum Askanierring. Heute Vortrag: „Die englische Revolution“. — **Tempelhof.** Jugendheim Museum Germaniastr. 6/7. Heute Diskussionsabend. — **Pankow.** Jugendheim Knaben-Mittelschule (Zeichensaal). Heute Diskussionsabend. — **Königswusterhausen.** Jugendheim Aula des Realgymnasiums. Heute Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Bezirk 3 Südost. Montag, den 16. Februar, 7½ Uhr, in Schumachers Festsälen, Skalitzer Str. 138, Bezirksversammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Das Betriebsrätegesetz.

Das viel umkämpfte Betriebsrätegesetz hat nunmehr durch die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" Gesetzeskraft erlangt. Wenn wir Sozialdemokraten von der Gestaltung des Gesetzes auch durchaus nicht voll befriedigt sind, so geben seine Bestimmungen der Arbeiterschaft doch die Möglichkeit, mitbestimmenden Einfluß in den kapitalistischen Betrieben zu gewinnen, mitbestimmenden Einfluß auch auf die Produktion.

Erst in der praktischen Handhabung des Gesetzes werden sich die mancherlei Mängel des Gesetzes erweisen. Wie alle Gesetze wirtschaftlicher oder politischer Natur ist auch das Betriebsrätegesetz nichts Starres und Unnatürliches. Die in der Praxis hervortretenden Mängel werden durch gesetzliche Abänderungen korrigiert werden und erst so wird das Gesetz zu einer schneidigen Waffe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter im Produktionsprozeß voll und ganz zu vertreten.

Mit dem Gesetz selbst ist gleichzeitig die Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz veröffentlicht worden. Da zu erwarten ist, daß die Wahlen bereits sehr bald stattfinden, müssen die Vorbereitungen zu den Wahlen von den Arbeitern in den Betrieben schon jetzt begonnen werden. Zu diesen Vorbereitungen gehört nicht zuletzt genaue Kenntnis des Gesetzes und der Wahlordnung.

In der nächsten Nummer werden wir die wichtigsten Bestimmungen der Wahlordnung veröffentlichen.

Zur Lohnbewegung im Versicherungsgewerbe.

Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen ersinnt immer neue Maßnahmen, um dem zwischen ihm und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände abgeschlossenen Scheintarif bei den Versicherungsangestellten weiteren Eingang zu verschaffen. Mit gleißnerischen Worten heucheln die Arbeitgeber wiederum das von ihnen so oft eigengelobte soziale Verständnis für die Notlage ihrer Angestellten, indem sie ihnen zumuten, für ein Linsengericht in Gestalt der durch den G. k. A. erwirkten Nachzahlung ihre gewerkschaftliche Ueberzeugung preiszugeben. Gewiß, die Not ist hart und jeder hat es nötig — aber diese Uebung sozialer Rücksicht von seiten der Arbeitgeber sollte den Angestellten doch zu denken geben: sie vollzieht sich nicht in der idealen Weise, wie sie als Aushängeschild zur Schau getragen wird. Durch einen Revers sollen sich die Angestellten nämlich verpflichten, nur den vom G. k. A. abgeschlossenen Tarif als Richtlinie für das Arbeitsverhältnis und keinen anderen gelten zu lassen. Mit anderen Worten, sie sollen die Mitgliedschaft beim Zentralverband der Angestellten aufgeben.

Dank der Wachsamkeit der Angestelltenausschüsse und Obleute hat dieses Scheinmanöver der Arbeitgeber nicht den gewünschten Erfolg. Ueberall aus dem Reiche laufen Kundgebungen ein, die mit Entrüstung den G.k.A.-Tarif und jenen Revers entschieden zurückweisen. In urkundlichen Aeußerungen wird der Arbeitgeberentwurf als völlig undiskutabel und als eine Verhöhnung der Angestellten bezeichnet. In vollem Bewußtsein absolut ungebrochener Energie sind sie entschlossen, diesem provozierenden Gebaren der Arbeitgeber ein energisches Paroli zu bieten. Sie stehen alle auf dem Standpunkt: für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung! Hierüber sind sich einig in treuer Solidarität Verheiratete und Ledige, Frauen und Männer, Direktions-, Verwaltungs- und Provisionsgeneralagentur-Angestellte!

Die am 31. Januar abgebrochenen Tarifverhandlungen werden nunmehr vor einem vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Schiedsgericht fortgesetzt. Dasselbe tritt erstmalig am Montag, den 16. d. M., zusammen und wird, wie ausdrücklich zugesichert worden ist, auch in Abwesenheit des Arbeitgeberverbandes verhandeln, wenn dieser eine Teilnahme ablehnen sollte.

Tarifabkommen der Maler.

In der am Donnerstag abgehaltenen Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Malerverbandes beantragte Blütgen, den Berichterstatter des „Vorwärts" auszuschließen. Unser Bericht über die vorige Versammlung hat dem Antragsteller nicht gefallen, deshalb bezeichnete er ihn als nicht objektiv und glaubte damit seinen Antrag begründet zu haben. Nachdem unser Berichterstatter erklärt hatte, er könne, da er Mitglied des Verbandes sei, nicht von der Versammlung ausgeschlossen werden, er werde sich auch durch keinen Beschluß hindern lassen, für den „Vorwärts" zu berichten, wurde der Antrag abgelehnt.

Ueber die vom 5. bis 7. Februar stattgefundenen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstarifs berichtete Jakobeit. In der Lohnfrage ist vereinbart worden, daß vom 15. Februar ab eine Erhöhung des Stundenlohns um 1 Mk. in Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern und 1,20 M. in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern zu zahlen ist. Dadurch erhöht sich der Berliner Stundenlohn von 3 M. auf 4,20 M. Es soll ein Ausgleich dahin geschaffen werden, daß in gewissen Orten in der Nähe Berlins der Lohn dem Berliner Lohn möglichst nahe kommt. Gehilfen unter 20 Jahren und Anstreicher können einen um 10 Pf. geringeren Lohn erhalten. — In den allgemeinen Bestimmungen des Tarifs ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden festgesetzt. Hinsichtlich der Ueberstunden und Nachtarbeit bleiben die alten Bestimmungen in Kraft. Die Lohnzulage bei wesentlich erschwerter Arbeit ist von 5 auf 20 Pf. für die Stunde erhöht. In der Ferienfrage konnte nichts erreicht werden. Die Regelung derselben ist zurückgestellt bis zu den Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen, das ist bis zum Mai 1922. In der Lehrlingsfrage sollen die 1916 aufgestellten Richtlinien in Geltung bleiben. Ueber Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifabkommens haben sich die Parteien bis zum 1. März zu entscheiden. Zum Schluß bemerkte der Redner, aus dem alten Tarif sei zwar manche ungünstige Bestimmung beseitigt, aber es sei doch noch vieles in den neuen Tarif übernommen, was den Forderungen der Arbeiter nicht entspricht und bei nächster Gelegenheit geändert werden müsse.

Diese Meinung vertraten auch alle Diskussionsredner mit größter Entschiedenheit. Die Ausführungen gingen dahin, man habe erwarten können, daß der Tarif den modernen Anschauungen Rechnung trage, wie es der kürzlich abgeschlossene Bauarbeitertarif tue. Klotz wies besonders darauf hin, daß die Lehrlingsfrage der tariflichen Regelung dringend bedarf. In vielen Lehrverträgen werde dem Lehrling eine neunstündige Arbeitszeit auferlegt und das dem Lehrling gezahlte Kostgeld sei tatsächlich nur ein Trinkgeld. Auch die Arbeitsnachweisfrage müsse dahin geregelt werden, daß der paritätische Arbeitsnachweis obligatorisch gemacht werde. Nur im Malergewerbe gebe es noch einen paritätischen Arbeitsnachweis, dessen Benutzung in das Belieben der Arbeitgeber gestellt sei.

Die Abstimmung über den neuen Tarifvertrag wurde bis zum 29. d. M. vertagt.

Bohne, der schon früher zum Sekretär der Ortsverwaltung gewählt, vom Hauptvorstand aber nicht bestätigt war, wurde mit 282 Stimmen wiedergewählt, während 208 Stimmen auf den bisherigen Sekretär Ringel fielen.

Schließlich beantragte Stein, den Boykott gegen den „Vorwärts" aufzuheben. Der Antrag rief eine längere, zum Teil heftige politische Debatte hervor. Er wurde dann mit großer Mehrheit abgelehnt.

•

Es sind recht kuriose Hüter der Pressefreiheit, die schon dann in Aufregung geraten und den Berichterstatter hinauswerfen möchten, wenn ihnen einmal in einem Bericht unangenehme Wahrheiten gesagt werden müssen. Ueber den Einzelfall hinaus aber sind solche beschämenden Vorkommnisse symptomatisch. Zeigen sie doch, daß die sogenannten Radikalen, die stets beteuern, für volle Freiheit der Meinungsäußerung einzutreten, in Wahrheit sehr reaktionäre Spießer sind. Sie wollen die Preßfreiheit nur so weit, wie die Presse ihren radikalen Phrasen, hinter denen meist nichts steckt, das Wort redet. Damit freilich werden sie beim „Vorwärts" wenig Gegenliebe finden.

Teuerungszuschläge im Hutarbeitergewerbe.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab sind zwischen dem deutschen Hutarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der deutschen Woll- und Haarhutindustrie unabhängig von dem bis 30. April d. J. laufenden Tarifvertrag folgende Teuerungszuschläge vereinbart worden: Männliche Arbeiter erhalten für jede gearbeitete Stunde mehr: 14—16 Jahre 17 Pf., 16—18 Jahre 30 Pf., 18—21 Jahre 60 Pf., über 21 Jahre 1,20 Mk. Weibliche Arbeiter erhalten in denselben Altersstufen 15, 30, 40 und 60 Pf. Die Zuschläge verstehen sich auch für die Hilfsarbeiter. Jede angefangene Arbeitsstunde wird, wenn die Arbeit unter 20 Minuten bleibt, für eine halbe Stunde, sonst als volle Stunde berechnet. Die von einzelnen Arbeitgebern früher gezahlten Teuerungszuschläge werden auf die Vereinbarung angerechnet.

Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag.

Das Reichsarbeitsministerium hat den zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Verein Berliner Spediteure im August 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten im Speditionsgewerbe für allgemein verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit umfaßt den Bezirk Groß-Berlin und beginnt mit dem 1. September 1919.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion 5, Packer, Lager- und Transportarbeiter der Groß-Berliner Metallindustrie. Sonntag, den 15. Februar, vorm. 9½ Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 10/11: Allgemeine Vertrauensleute-Konferenz mit einem Vortrage von Kollegen Bender über das Betriebsrätegesetz. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Vertrauensmännerlegitimationskarte dient als Ausweis.

Parteinachrichten.

Aus dem Organisationsleben.

Einen wirkungsvollen Auftakt zu den kommenden Reichstagswahlen bildeten die am letzten Sonnabend und Sonntag im Karlsruher Bezirk abgehaltenen 50 Volksversammlungen unserer Partei. Durchgängig ließen sie erkennen, daß alle Hetze von rechts und links nicht vermag, unserer Partei die Sympathie der Bevölkerung in Stadt und Land zu rauben. Die Redner fanden allesamt stürmische Zustimmung, in jedem Orte wurden neue Mitglieder und Bezieher der Parteipresse gewonnen. — Der sozialdemokratische Verein in Gera beschloß bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl den Chefredakteur der unabhängigen „Tribüne", Stadtverordneten Leven, zu wählen, um so die Wahl eines Reaktionärs zu verhindern. — Am 13. und 14. März findet in Neustrelitz der Landesparteitag für Mecklenburg-Strelitz statt, der sich vorzugsweise mit dem Stande der Organisation, Bericht über die Arbeiten des Landtages, die Neuwahlen zum Landtag und Aufstellung der Kandidaten, Jugendorganisation und Bildungsfragen beschäftigen wird.

Aus aller Welt.

Rettung Schiffbrüchiger.

Bremen, 13. Februar. Die Rettungsstation Langeoog-Ost der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 11. Februar von dem Segelschiff Paul, Kapitän Rumbrunn, gestrandet auf Langeoog-Ostende, mit Steinkohlen von Hull nach Kopenhagen bestimmt, 7 Personen gerettet durch Rettungsboot.

Ein Wolkenkratzer in Warschau. Die Repräsentanten der Polnisch-Amerikanischen Handelsgesellschaft Unione Liberty ersuchten die städtischen Behörden um die Erlaubnis zum Bau eines ersten Wolkenkratzers in Warschau. Der Wolkenkratzer soll aus Eisenbeton erbaut werden, 15 bis 17 Stockwerke hoch sein und eine große Manufakturfirma aufnehmen.

Explosionsunglück. Im Hauptlaboratorium in Ingolstadt erfolgte bei der Fabrikation von Zündkapseln eine Explosion. Sieben oder acht Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Kupfer bis 20,30
Messing 12,—
Blei 8,—
Reinzinn 60,—
pro Kilo, bei größeren Posten noch höher, zahlt nur Metallschmelze, Prinzessinnenstr. 17, geg. Wertheim (Moritzp.)

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale, Kottbuser Damm 66. Mpl. 11580.

PLATIN
stets zu höchsten Tagespreisen.
Gold, Silber in Bruch in Barren
Brennspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Adolf Friedländer, Berlin, Kommandantenstr. 29, I rechts.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 113 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach. Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 19 (Alex.-Pl.).

Messing
12,50, Kupfer 20,20
Gottheim, Mariannenstr. 12.

Metallbetten
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten. Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür.

Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Die Stimme aus dem Grabe
Reden von JEAN JAURÈS
Gesammelt u. besprochen von VICTOR SCHIFF
Preis Mk. 1,50

Erfinder, Patentbureau Pasicher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7800.

Messing 12.50, Kupfer 21.00, Blei 7.50, Zink 6 bis 6.50, Rotguß 18.-, Reinzinn bis 65.-, Weißmet. 30.-, Aluminium 14-17 zahlt per Kilo, bei größ. Posten mehr. Metallschmelze Mariannenstr. 24, an der Kottbuser Brücke. Amt Mpl. 10551.

Neu! Für jed. Gebildeten unentbehrlich:
Fremdwörterbuch
Verdeutschung von zirka 15000 Fremdwörtern mit genauester Aussprachebezeichnung, dazu Verzeichnis über 700 Vornamen mit Angabe der Bedeutung. Geg. Einsendung v. nur 1,65 M. franko o. Nachn. durch Verl. Schweizer, Abt. 308, Berlin NW 87, Repkowpl. 5.

Seit 1877
KUHLA-PIANOS
Verkauf direkt ab Fabrik-Magazin
N 31, Wattstr. 17-18

Karl Hintze
Kontor-Artikel
Buchdruckerei
Geschäftsbücher
Kartenregister
Berlin SW, Lindenstraße 78.
Fernspr.: Moritzpl. 2141.

Verkäufe

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Elsenstraße 71. 1214*

Jackettanzüge, Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenstraße 105.

Gardinenverkauf. Fenster 30 Mark, Bettdecken, Stores, Madrasgardinen, Plüschtischdecken, Diwandecken, Schmuckspitzen preiswert. Leihhaus Admiralstr. 4 eine Treppe. *

Bessere Anzüge spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Ruh, Wilhelmstraße vierzig A, Kochstraßenecke. *

Gardinenverkauf, abgepackte und vom Stück, Fenster 25,— usw. Gelegenheitskäufe in Künstlergardinen in Tüllstoffen, Mullstoffen und Madrasstoffen sowie Langstores, Halbstores, Tüllbettdecken, Stores, Diwandecken und vieles andere sehr billig nur Mangaliustraße 1 II, nahe Alexanderplatz. 1378*

Gardinen, 2 Fenster 48, Bettdecken, Stores. Auszug. Kopenhagenerstraße 1, vorn. Bahnhof Schönhauser Allee.

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Jerusalemerstraße 20. 4017*

Möbel

Schlafsofa zu verkaufen, Sillingenstraße 78, vorn I links. 45/15

Chaiselongues 95,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Anrichteschränke. Weide, Augsburgstraße 32 A. Querarb.

Möbel gegen bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Größte Rücksicht. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe, direkt am Weddingplatz.

Sofa, Sessel, roter Plüsch, Tische, Stühle, Bettstelle, Sitzbadewanne, Boorsbauerst. Markwart, Teltowerstraße 6.

Musikinstrumente

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 63R*

Eingespielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 25.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere. Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 136R

Sterling-Pianos, neue, gute gespielte, mobilisierte Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 73R*

Eingespielte Violinen, Mandolinen, Gitarren, Lauten, Hand- und Mundharmonikas außergewöhnlich billig verkauft Berger u. Co., Oranienstraße 166. *

Pianos, Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Nur Adam, Münzstraße 16. *

Piano, kreuzsaitig, schwarz, 3600,—, Klavier 2300,—, Konzertflügel 6500,—, Salonflügel 10 000,—, gebrauchte Pianos, Harmoniums verkauft äußerst billig Berger u. Co., Oranienstr. 166. *

Fahrräder

Herrenfahrräder, Damenfahrräder, Motorradräder, Kleinautos, Fahrradgummi, alles preiswert. Kämmerelt, Große Frankfurterstraße 14, Keller. 146R*

Kaufgesuche

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platina! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Metallschmelze Polzen, Weißensee 72, Hof am Bahnhof. 131R*

Automobile, speziell Benzinwagen, Magnete, Zündkerzen, Scheinwerfer, Entwickler, Hupen, kauft Selbstverbraucher Schrader, Reinickendorferstraße 118. 113R*

Metalle! Höchstzahlende Preise! Platin! Zahngebisse, Zahn bis 75,—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! höchstzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 4243. 78R*

Leitungsdrähte, Kabel, Eisen, Anker-, Spuldraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 190. Moritzplatz 4916.

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Prok, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 5475. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Kupferabfälle! Quecksilber! Messingabfälle! Zinn! Blei! Stanniolpapier! Platin! Silber! Zahngebisse! sämtliche Metallabfälle! kauft höchstzahlend. Schmelzerei! Metallschmelze Borsch, Beusselstraße 29. 115R

Schrank, Gram. Terpentin, Leinöl, Firnis kaufen Gebrüder Baruwski, Quellenstraße 5. Kollendorf 2379. *

Spinnabfälle, 70 Prozent Aufschlag. Sortiment kauft Kuthor, Christburgerstr. 41.

Platin 245 Mark, Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber, Münzen, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29 I. rechts. 145R*

Silberschmelze Christionat, nur Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Münzen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle. *

Metallschmelze Mariannenstraße 7a (am Heinrichsplatz). Allerhöchste Tagespreise sämtlicher Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber. 115R*

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schmalschneider, Buckowerstraße 14 III. 131R*

Altmetalle, Quecksilber zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten. Metallschmelze Invalidenstraße 142. Norden 9642. 70R

Damentuch, Herrentuch, Motorradtuch, Streichgarn oder verführen, Kämmerelt, Große Frankfurterstraße 14. 130R*

Schreibmaschinen laufend jeden Posten bis 125 Prozent Aufschlag kauft Morgenstern, nur Schönberg, Weißelstraße 18, Alexander 1366. *

Weißbleche-Abfälle, Kilo 15 Mark, kauft Liebstruk, Freienwalderstraße 26. 114R

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, ausmodern gewordener Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gekrätze kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Rotzoll, Berlin, Brunnenstraße 168. Telephon: Humboldt 3480. Eigene Schmelze, Selbstverbraucher. *

Kupferabfälle, Messing, Platin, Gold, Silber, Quecksilber, sämtliche Altmetalle, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren vier Einkaufsstellen „Cohn", 1. Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Brunnenstraße 48 (am Weddingplatz), 3. Bahnhofstraße 2, Ecke Schöneberger Straße (am Anhalter Bahnhof), 4. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 134R*

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstraße 34. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Möbus, Waldstraße 3. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft G. Ermel, Gubenerstraße 59. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Deesner, Bahnstr. 46, Schöneberg. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Hanke, Stülerstraße 16 a, Ecke Lützowplatz. *

Dauerwäsche (getragene, beschädigte, Reparatur usw.) kauft Stück 50 Pf. Born, Reichenbergerstraße 7. 160R*

Elektromaterial, Leitungsdrähte, Eisen, Glühlampen, Schalter, Fassungen, Meßinstrumente, Elektromotoren kauft Ständig Nather, Brückenstraße 15a. 1452R*

Kugellager, Vorschaltwiderstand kauft Reinickendorf-Schönholz, Oranienstraße 1 III. 5—7.

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Heinrich Mauvers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse Herren-, Damenschneiderei, Wäsche. Pelzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Königstadt 989. 64R*

Französisch, Englisch, Spanisch. Fräulein Kreutzer, Wartburgstraße 47. 43/12

Verschiedenes

Brief'ier Damm, Invalidenstraße 88, Norden 7213, Ueberwachungen, Ermittlungen. In Auffklärung von Verbrechen Kleinerfolge. 8*

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich, leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres durch S. Weberl u. Co., G. m. b. H., Berlin-Lichterfelde, Postfach 220. 100/14*

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Mädchen für alles oder Stubenmädchen sucht Stellung. Offerten sind unter R. 47 an die Hauptexpedition des Vorwärts zu richten.

Stellenangebote

Uhrmacher auf Taxameter finden ein Dauerleben u. Schöbel, Neue Jakobstr. 3. *

Straßenhändler für den Vertrieb der Broschüre „Die Bestie im Weltkriege. Verbrechen an deutschen Kriegsgefangenen" gesucht. Buchhandlung, Flottwellstraße 3, Gebäude rechts. 11R

Laufburschen und Arbeitsburschen sucht Klink u. Berger, Müllerstraße 156b. 11R

Hutstepperinnen, Strohhutnäherinnen sucht Demsin, Rixdorferstraße 139. 96R

Mamsells! für Kostümjacken und Mäntel. Wochenlohn l. Tarif. B. Wertheimer Atelier Simon, Berlin C., Jägerstraße 93. *

Wäsche-Näherinnen für bessere Damenwäsche und Oberhemden für Absatz und Lohnbaum, Knopflochstepperin, nur geübte Kräfte, elektrischer Antrieb, sucht Fr. Gebauer, Charlottenburg, Krumme Straße 11/13. 148R*

Laufmädchen verlangt Buchhdlg. Prinzenstraße 34. 45/12*

Laufmädchen für Kontor suchen per sofort Schmen u. Kühn, Berlin N. 65, Genterstraße 5. 114R